

Muster 19a

Richtl.-Nr. 19.4

(Vorlage an die Planfeststellungsbehörde
nach Absehen vom Erörterungstermin)

_____, den _____
(Anhörungsbehörde)

An

(Planfeststellungsbehörde)

Betr.: Planfeststellung für _____ (Bauvorhaben)
von _____ bis _____ in der/den Gemeinde(n) _____

Bezug:

Anlg.: (zum Beispiel

- Vorgänge über den Ablauf des Anhörungsverfahrens
- Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange
- Einwendungen und ergänzende Äußerungen gemäß § 17 Abs. 3c Satz 4 FStrG
- Stellungnahme der Straßenbaubehörde
- Ausfertigungen Planunterlagen
- Deckblätter
- Vereinbarungen)

Auf Veranlassung des/der _____ (Straßenbaubehörde)
ist für das im Betreff bezeichnete Bauvorhaben das Anhörungsverfahren nach § 17 FStrG, § 73 VwVfG durchgeführt
worden.

Folgende Behörden und Stellen haben Stellungnahmen abgegeben:

(zum Beispiel Regierungspräsident – Dezernat Wasser, Abfallwirtschaft –
Kommunalbehörden
Eisenbahn-Bundesamt
Post
Landeskonservator
Versorgungsunternehmen)

Folgende anerkannte Verbände sind von der Auslegung der Planunterlagen gem. § 29 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG unter Über-
sendung einer Übersichtskarte im Maßstab _____ unterrichtet worden: _____

Der Plan hat in der Zeit vom _____ bis _____ einschließlich in _____
öffentlich zu jedermanns Einsicht ausgelegt.

Die Auslegung der Planunterlagen ist vorher ortsüblich bekanntgemacht worden (§ 17 Abs. 3 b Satz 3 FStrG).

Einwendungen gegen den Plan sind – nicht – erhoben worden.

Von einer förmlichen Erörterung wurde gemäß § 17 Abs. 3c Satz 3 FStrG abgesehen. Den Einwendern wurde
Gelegenheit gegeben, sich abschließend zu den von ihnen rechtzeitig erhobenen Einwendungen zu äußern.

Folgende Einwender haben sich innerhalb der ihnen gesetzten Frist geäußert:

Muster 19a

Richtl.-Nr. 19.4

(Vorlage an die Planfeststellungsbehörde
nach Absehen vom Erörterungstermin)

_____, den _____
(Anhörungsbehörde)

An

(Planfeststellungsbehörde)

Betr.: Planfeststellung für _____ (Bauvorhaben)
von _____ bis _____ in der/den Gemeinde(n) _____

Bezug:

Anlg.: (zum Beispiel

- Vorgänge über den Ablauf des Anhörungsverfahrens
- Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange
- Einwendungen und ergänzende Äußerungen gemäß § 17 Abs. 3c Satz 4 FStrG
- Stellungnahme der Straßenbaubehörde
- Ausfertigungen Planunterlagen
- Deckblätter
- Vereinbarungen)

Auf Veranlassung des/der _____ (Straßenbaubehörde)
ist für das im Betreff bezeichnete Bauvorhaben das Anhörungsverfahren nach § 17 FStrG, § 73 VwVfG durchgeführt
worden.

Folgende Behörden und Stellen haben Stellungnahmen abgegeben:

(zum Beispiel Regierungspräsident – Dezernat Wasser, Abfallwirtschaft –
Kommunalbehörden
Eisenbahn-Bundesamt
Post
Landeskonservator
Versorgungsunternehmen)

Folgende anerkannte Verbände sind von der Auslegung der Planunterlagen gem. § 29 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG unter Über-
sendung einer Übersichtskarte im Maßstab _____ unterrichtet worden: _____

Der Plan hat in der Zeit vom _____ bis _____ einschließlich in _____
öffentlich zu jedermanns Einsicht ausgelegt.

Die Auslegung der Planunterlagen ist vorher ortsüblich bekanntgemacht worden (§ 17 Abs. 3 b Satz 3 FStrG).

Einwendungen gegen den Plan sind – nicht – erhoben worden.

Von einer förmlichen Erörterung wurde gemäß § 17 Abs. 3c Satz 3 FStrG abgesehen. Den Einwendern wurde
Gelegenheit gegeben, sich abschließend zu den von ihnen rechtzeitig erhobenen Einwendungen zu äußern.

Folgende Einwander haben sich innerhalb der ihnen gesetzten Frist geäußert:

